

Kreis will die Kliniken kurieren

Millionendefizite erzwingen neue Krankenhausstruktur – Was die Kreispolitiker darüber denken

Die Finanznot erfordert es: Die drei Kreiskrankenhäuser werden jetzt förmlich zu Kooperationen gezwungen. Im Kreistagsausschuss für Kliniken und Gesundheit gab es einen einstimmigen Beschluss für eine neue Rechtsform und mahnende Worte des Landrats an die Schwäbisch Gmünder Seele.

ALEXANDER GÄSSLER

Aalen. Drei bis fünf Millionen Euro. So viel Sparpotenzial ist bei den drei Kreiskliniken noch drin – ohne dass die medizinische Leistung leidet. Im Gegenteil. Voraussetzung für die finanzielle Gesundung: Der Landkreis gibt den bisherigen Eigenbetrieben eine neue Rechtsform. Die sogenannte gemeinnützige kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts soll zum neuen Jahr starten.

Im Mai hat **Landrat Klaus Pavel** die Grundzüge vorgestellt. Seitdem hat es viele konstruktive Gespräche gegeben, wie er sagt – mit den Kreisärzteschaften, den Mitarbeitervertretungen und anderen Gruppen. Am Dienstag schlug sozusagen die Stunde des Parlaments. Die Kreistagsfraktionen nahmen im Ausschuss für Kliniken und Gesundheit Stellung und gaben – um es vorwegzunehmen – einstimmig grünes Licht, damit die Landkreisverwaltung Pavels „Memorandum“ zur künftigen Klinikstruktur im Detail ausarbeiten kann. Und bekanntlich steckt der Teufel ja im Detail.

Dr. Eberhard Schwerdtner (CDU) erwartet jedenfalls spannende Diskussionen. Zum Beispiel darüber, wie die Satzung des neuen Kommunalunternehmens aussieht. Für die CDU ist entscheidend, den Verantwortlichen in Aalen, Mutlangen und Ellwangen eine große Selbstständigkeit zu geben, „weil nur so eine Gesundung unserer Krankenhäuser möglich und denkbar ist“.

Schwerdtner ging nicht näher auf eventuell strittige Details ein. Ganz im Gegensatz zu **Sigrid Heusel**. Den Grundsatzbeschluss zu fassen, sei eine „leichte Übung“ sagte sie. Dennoch wäre es der SPD lieber gewesen, die bisherigen Strukturen zu erhalten. Knackpunkte für die SPD sind Fragen wie diese: Wer entscheidet künftig? Wer ist wem gegenüber weisungsbefugt? Wie bauen die drei Häuser Verbundkompetenzen auf? Wie sieht es mit gemeinsamen Standards für Hygienevorschriften und Qualitätsmanagement aus? Sigrid Heusel legte einen Finger in die Wunde: „Bei allen Themen werden die Mitarbeiter gefragt sein – vor allem unsere Chefarzte.“

Weil die Mitarbeiter im noch zu gründenden Verwaltungsrat keinen Sitz und keine Stimme haben, fordert die SPD einen Beirat. Außerdem fordert Sigrid Heusel: „Alle drei Plankrankenhäuser müsse erhalten bleiben.“ Es dürfe keine Zentralisierung geben, das sage sie auch als Gmünderin. Das sollte ihr später eine Rüge des Landrats einbringen.

Zuvor stellte **Dr. Jürgen Wacker** klar, dass es sich bei der neuen Rechtsform nur um einen ersten Schritt handeln kann und die Freien Wähler insgesamt



Patientin auf Station. Im Kreistag gibt es ein klares Bekenntnis zur dezentralen medizinischen Versorgung. Doch damit alle drei Kreiskrankenhäuser überleben, muss der Landkreis Strukturen verändern. Der Anfang ist gemacht. (Foto: koni)

gern „mehr Dynamik reinbringen“ würden. Die Krankenhäuser seien gefordert, ein Wir-Gefühl zu entwickeln und eine

gemeinsame Ausrichtung zu finden. Dazu gehört für die Freien, dass die Chefarzte und Pflegedienste bereit sind etwas abzugeben und dass die Kliniken medizinische Schwerpunkte und „Leuchttürme“ bilden. Denn wenn sie das nicht schaffen, „werden sie

nicht überleben“. Dafür gab es auch Beifall aus den Reihen der CDU.

Volker Grab (Grüne) sieht dagegen eher die Chancen. Seit der ersten Krankenhausklausur am Ebensee vor 13 Jahren werde immer nur nachjustiert, „obwohl wir gewusst haben, dass wir eigentlich was verändern müssen“. Mit der neuen Organisationsstruktur hofft Grab, „dass wir erreichen

können, was eine Holding in der freien Wirtschaft mache würde“. Die entscheidende Veränderung ist für ihn dabei, dass die Klinikdirektoren nicht mehr fürs jeweils eigene Haus verantwortlich sind, sondern ein gemeinsamer Vorstand für alle drei Häuser Verantwortung trägt.

„Die neue Rechtsform löst natürlich noch gar nichts“, gab **Dr. Gunter Bühler** (CDU) zu bedenken. Die Politik, also der Kreistag, sei ebenfalls ein Faktor im Spiel. Er müsse der neuen Rechtsform Zeit geben und den Verantwortlichen mehr Leine lassen. Damit sprach er dem Landrat aus der Seele. Zu 80 Prozent könne er ja mit Sigrid Heusel mitgehen, sagte Klaus Pavel. Wenn sie aber zu 20 Prozent zum Ausdruck bringe, es dürfe sich eigentlich nichts ändern, „dann wird es nicht funktionieren“.

Der Landrat machte munter weiter und richtete ein paar deutliche Worte „an die Schwäbisch Gmünder Seele“. Die Stauferklinik in Mutlangen sei nicht der Stadtpolitik „unterworfen“, sondern der Kreispolitik. Daher gehe es nicht ums Stadtinteresse, sondern ums Kreisinteresse. „Verantwortlich ist der Kreis.“ Deshalb riet Pavel dazu, das Stadtinteresse „ganz schnell über Bord zu werfen“, sonst scheitere das Vorhaben. Und zwar etwas kryptisch, aber für alle verständlich: „Nicht nur die Chefarzte müssen loslassen, sondern auch die raumschaftlichen Interessen im Kreistag.“

„Nicht nur die Chefarzte müssen loslassen, sondern auch die raumschaftlichen Interessen im Kreistag.“

Landrat Klaus Pavel

Tariftreue und möglichst wenig Ballast zum Start

Für Harald Miller vom **Gesamtpersonalrat** der drei Kreiskliniken ist entscheidend, dass die neue kommunale Anstalt Mitglied im **kommunalen Arbeitgeberverband** und in der Zusatzversorgungskasse bleibt. Das ist laut Landrat Klaus Pavel in der Satzung so vorgesehen. Außerdem wünscht sich der Personalrat, dass der **Dienstort** der Beschäftigten in den jeweiligen Arbeitsverträgen

festgeschrieben ist. Die Satzung wird jetzt erst ausgearbeitet. Aber dass das kommunale Krankenhausunternehmen in Aalen, Mutlangen und Ellwangen **Betriebsstätten** hat, ist laut Landrat bereits schriftlich fixiert. Ihren **Sitz** wird die Anstalt des öffentlichen Rechts übrigens in Aalen und Gmünd haben. Der jetzige **Klinikausschuss** macht als **Verwal-**

tungsrat weiter und handelt per Satzung stets auf Weisung des Kreistags. Wichtig: Der Landkreis bleibt im Besitz der **Immobilien** und wird weiterhin der Bauräger sein. Außerdem soll der neue Krankenhausbetrieb laut Landrat mit **möglichst wenig Ballast** versehen werden. Sprich: Er geht mit einer Null an den Start, die aktuellen **Schulden** verbleiben beim Landkreis. gäss